

## Kakao, Ethnonationalismus und zu viele Präsidenten

Die Elfenbeinküste – gem. Regierungsbeschluss aus 1985 findet ausschliesslich, auch international, nur die französische Form *Côte d'Ivoire* Verwendung – reicht von der Atlantikküste in geschlossener Form bis in die Sahelzone. Etwas grösser als Polen hat das Land Anteil an unterschiedlichen Kulturräumen, vom Tropenwald bis zur Sahel. Anders als in der Gegenwart, war der Norden in vorkolonialer Zeit wirtschaftlich besser entwickelt als der Süden. Die zentral regierten Staaten im Norden besaßen eine auf der Ausbeutung von Kleinbauern und Sklaven gestützte Landwirtschaft, Gewerbe und vor allem eine weitreichende innerafrikanische Handelstätigkeit, die den Staat und die herrschende Klasse finanzierten. Die grossen Handelswege vom Landesinneren gingen an den südlichen Waldgebieten vorbei; erst im 19. Jhdt. wurden Küste und Hinterland durch den atlantischen Handel in den afrikanischen und den Welthandel einbezogen. Die Gesellschaften der mittleren und südlichen Elfenbeinküste waren vor allem kleinräumig organisiert und leisteten mehr Widerstand gegen die Kolonisierung als die Grossstaaten im Norden.

Die Kolonisierung erfolgte durch französische Truppen, teilweise unter Einsatz brutaler Gewalt. Der gesamte Raum unterlag relativ bald der kolonialen Kontrolle, die sich aufgrund des wirtschaftlichen Reichtums als recht einträglich erwies.

Kaffee, Kakao und Holz bildeten seit den 1930er Jahren die Pfeiler der exportorientierten Wirtschaft; Kolanüsse blieben im subregionalen Rahmen ein wichtiges Produkt und erwiesen sich während der Weltwirtschaftskrise als einträgliche Alternative zu den vom Preisverfall betroffenen Gütern des atlantischen Exports. Kurz vor Beginn des Zweiten Weltkriegs machten Kakao und Kaffee fast zwei Drittel der Ausfuhr der Kolonie aus, wobei der überwiegende Teil – bei Kakao 9/10 – von einheimischen Produzenten kam. Wegen der dünnen Besiedlung der fruchtbaren Waldgebiete und der Baumsavanne im mittleren Landesteil mussten Arbeitskräfte aus dem Norden und aus dem Inneren des französischen Westafrika (AOF) angeworben werden.

In Verbindung mit der stark exportorientierten Wirtschaft bezog die Modernisierung den grösseren Teil der Bevölkerung ein, inklusive der Migrant\_innen; das betraf vor allem den Wirtschaftsbereich, die Produktion und den Handel mit cash crops. Aus den grossen Pflanzern wurde die neue Elite, die sich politisch wie sozial gut an Frankreich anpasste. Aus dieser Schicht kam auch Félix Houphouët-Boigny, die politische Führungspersönlichkeit, die das Land bis in die frühen 1990er Jahre nahezu unangefochten regierte.

In den 1950er Jahren erfolgte – nach anfänglichen Spannungen, die auf die kurzzeitige organisatorische Zusammenarbeit von Houphouët-Boignys *Parti Démocratique* mit der Kommunistischen Partei in Paris zurückzuführen war – eine einvernehmliche Entkolonisierung. Die Côte d'Ivoire setzte fortan auf eine enge bilaterale Zusammenarbeit mit Frankreich, weit über die Unabhängigkeit 1960 hinaus.

Die landbesitzende Elite sicherte die Fortführung der agrarischen Exportwirtschaft; erst in den 1970er Jahren fand auch die Industrie stärker Beachtung, doch schlugen vor allem die kapitalintensiven staatlichen Projekte fehl. Später als in anderen afrikanischen Staaten brachte die globale Krise auch in der CI Probleme: Verfall der Preise der Exportgüter und Überschuldung; die Krise der Ökonomie löste schliesslich auch eine politische Krise aus.

Die starke Führungspersönlichkeit Houphouët-Boigny hatte sowohl politische Konflikte wie eine weitergehende Demokratisierung verhindert; bereits vor der Unabhängigkeit sass nur noch vereinzelt Abgeordnete oppositioneller Bewegungen im Parlament. Der Einparteienstaat hielt beinahe bis zum Tod Houphouët-Boignys in

1993, doch brachte die demokratische Reform aufgrund der unklaren Machtverhältnisse nach dem Tod des Langzeitpräsidenten, trotz einer wirtschaftlichen Besserung, einen politischen Niedergang bis zu einem Militärputsch und einer sehr fragwürdigen Demokratie, die daraus erwuchs.

Nachfolger Houphouët-Boigny wurde Konan Bédié, der sich mit tatkräftiger Unterstützung Frankreichs und einflussreicher Offiziere gegen den Regierungschef Alassane Ouattara durchsetzte. Das Ansteigen der Weltmarktpreise von Kakao und Kaffee verschaffte Bédié die Mittel, um seine Unterstützer zu belohnen, und auch Bauern und Pflanzler bekamen eine Erhöhung der Produzentenpreise. Trotz guter wirtschaftlicher Ergebnisse verschlechterte sich die Lage für die breite Bevölkerung. Nach Weltbankberichten stieg der Anteil der Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze lebten, zwischen 1985 und 1995 von 10% auf 36,8%.

Mit Kritikern ging Bédié keineswegs zimperlich um. Immer wieder landeten Journalisten im Gefängnis oder vor dem Richter. Die Wahlen Mitte der 1990er Jahre brachten ein mehr als eindeutiges Ergebnis für den Präsidenten und seine Partei, während die Opposition boykottierte.

Im Februar 1998 kam es zum Abschluss eines neuen Strukturanpassungsprogramms, das Umschuldung und neue Kredite mit einer weiteren Liberalisierung des Kakao- und Kaffeesektors verband. Eine Verfassungsreform im Juni 1998 verlängerte die Präsidentschaft von fünf auf sieben Jahre und sollte – heftig kritisiert von der Opposition – dem regierenden Staatschef die Macht noch weiter erhalten. Frankreich und die USA jedoch rückten allerdings von Bédié ab. Schliesslich kam es am Weihnachtstag 1999 zu einem Militärputsch. Die französische Armee flog den gestürzten Präsidenten und seine Gefolgschaft nach Togo aus; niemand trauerte ihm nach.

Bei den folgenden Wahlen konnten sich die Offiziere nicht durchsetzen. Präsident wurde Laurent Gbagbo im Wettstreit mit Alassane Ouattara. Die Spannungen zwischen dem Norden (Ouattara) und dem Süden (Bédié, Gbagbo) des Landes führten 2002 zu einem Bürgerkrieg. Auslöser war der sechste Militärputsch bzw. Putschversuch im Verlauf von zwei Jahren. Truppen aus dem Norden rebellierten gegen die fortgesetzte Kontrolle des Landes durch die Völker des Südens, die Akan und Baule, aus denen die Präsidenten von Houphouët-Boigny bis Gbagbo stammten. Ivoirité, das zentrale Argument eines ultranationalistischen Diskurses, wurde unter Gbagbo zum Instrument im Kampf um die Vorherrschaft, mit dem er versuchte Ouattara mit dem Argument einer Herkunft aus Obervolta aus der Politik zu drängen. Die bewaffneten Auseinandersetzungen dauerten bis 2007 und spalteten das Land de facto in zwei Teile – dazwischen bestand eine von der UNO kontrollierte Pufferzone. Nach dem Frieden von Ouagadougou wurde Guillaume Soro, einer der Rebellenführer des Nordens, Regierungschef.

Als Gbagbo nach den Wahlen von 2010 den Sieg Ouattaras nicht anerkennen wollte, brach erneut Krieg aus. Unter internationalem Druck musste Gbagbo 2011 weichen, wurde vor dem Internationalen Gerichtshof angeklagt und freigesprochen.

Die CI erholte sich inzwischen wirtschaftlich als Folge steigender Rohstoffpreise – CI und Ghana produzieren zusammen 60% des weltweiten Kakaoaufkommens. Ouattara versuchte durch sozialpolitische Massnahmen die Bevölkerung auch des Südens zu gewinnen, doch zeichneten sich für die Präsidentenwahlen 2020 erneut heftige Auseinandersetzungen ab – Ouattara kandidierte mit einer schwachen Begründung ein drittes Mal. Da die Opposition die Wahl boykottierte setzte sich Ouattara mit über 95% der Stimmen durch – bei einer Wahlbeteiligung von knapp 54%. Proteste der Opposition forderten mehrere Menschenleben.

Den Lokalwahlen von 2023, an denen sich auch die Parteien der Opposition wieder beteiligten, wurden durch einen nationalen Dialog vorbereitet an dem sich neben der

Regierung 21 politische Parteien und 26 Organisationen der Zivilgesellschaft beteiligten. Damit sollen Unruhen verhindert werden wie anlässlich der Präsidentenwahlen von 2020, die 85 Menschenleben kosteten und etwa 500 Verletzte brachten. Wenig überraschend gewann die Regierungspartei RHDP (*Rassemblement des houphouëtistes pour la démocratie et la paix*) in der Mehrheit der Regionen und Gemeinden. Die Präsidentenwahlen von 2025 beschäftigen immer häufiger die Öffentlichkeit; die alte Garde wird sich wieder in den Vordergrund drängen: Alassane Ouattara, 82, Laurent Gbagbo, 79, dessen ex-Gattin Simone Gbagbo, 75, . . . . nur der 2023 verstorbene Konan Bédié hat mit Tidjane Thiam, 62 und Neffe von Houphouët-Boigny, einen etwas jüngeren Nachfolger.

Angesichts der „post-neokolonialen“ Wende im Sahelraum ist die Côte d'Ivoire für Frankreich und die USA, neben Senegal und dem fragwürdigen Tschad, der letzte Stützpunkt in Westafrika. Mit etwa 1.000 Unternehmen kontrolliert Frankreich in Eintracht mit dem lokalen Kapital die Wirtschaft des Landes und sichert sich die grossen Infrastrukturaufträge; CI ist nach Südafrika Frankreichs wichtigster Wirtschaftspartner in Afrika südlich der Sahara.

Der positiven makroökonomischen Entwicklung mit einem Wirtschaftswachstum zwischen 7% und 8% stehen wachsende soziale und regionale Ungleichheit wie Korruption entgegen, die angesichts der instabilen Verhältnisse im Sahelraum die derzeit stabilen politischen Verhältnisse bald wieder gefährden könnten. Da nur knapp ein Viertel der Bevölkerung Arbeit im formellen Sektor hat, sind die offiziellen Arbeitslosenzahlen zu relativieren: vor allem die hohe Jugendarbeitslosigkeit in den städtischen Gebieten birgt Gefahren: soziale und politische Instabilität, Kriminalität, Migration und Verschlechterung der nationalen Produktivität.